

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz. Gemeindeverbands-Kontokonto: Bad Schandau 36 :: Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau :: Postkontokonto: Dresden Nr. 333 27

Preis: 10 Pf. pro Jahr. Druck- und Anzeigekosten: Elbzeitung Bad Schandau



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhabel, Kleinhenndorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Oskra, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Altona Diele — Verantwortlich: K. Rohrlapp

Ercheint tägl. nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis für die Woche von 18 bis 21. 2. ins Haus gebracht 45 Gold-Pf. für Selbstabholer 40 Gold-Pf. Einz. Nummer 10 Gold-Pf. Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe u. Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 6 gelbte 42 mm breite Zeile 15 Pfennig, für auswärtige Aufträge 20 Pfennig. 85 mm breite Zeile 15 Pfennig. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen.

Wichtigste Nachrichten aus dem Ausland sowie über die Ereignisse in der Provinz sind für die Redaktion der Zeitung vorbehalten.

Nr. 41 Bad Schandau, Montag, den 18. Februar 1924 68. Jahrg.

Botschafter Hoesch bei Millerand.

Paris, 17. Februar. Präsident Millerand hat gestern nachmittag 5 Uhr den deutschen Botschafter v. Hoesch mit dem üblichen Zeremoniell zur Entgegennahme seiner Beglaubigungsschreiben empfangen. Der Botschafter und die übrigen Herren der Botschaft wurden durch den Zeremonienmeister des Quai d'Orsay abgeholt und, eskortiert von einer Schwadron Mousquetaires, zum Elysee geleitet. Im Hofe des Elysee erwies eine Bataillon Infanterie die militärischen Ehren.

Der Botschafter hielt bei Überreichung der Beglaubigungsschreiben eine Ansprache, in der er nach einigen einleitenden Worten sagte:

„Bei Übernahme des mir anvertrauten hohen Amtes lege ich mir vollkommen Rechnung ab von den Schwierigkeiten, die überwinden werden müssen, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern befriedigender zu gestalten. Eure Excellenz kann davon überzeugt sein, daß ich, den Weisungen meiner Regierung entsprechend, alle meine Bemühungen der Verwirklichung dieses Zweckes widmen werde, damit auf diese Weise eine Lösung der großen Probleme, von deren Regelung in so hohem Maße die Zukunft Europas abhängt, gefördert werde.“

Nachdem der Botschafter in seinen Schlussworten hervorgehoben hatte, daß er die Hoffnung hege, bei seiner Tätigkeit auf die Unterstützung des Präsidenten der Französischen Republik und auf die Mitwirkung der französischen Regierung rechnen zu können, antwortete Präsident Millerand mit einer Rede, in der er zunächst darauf hinwies, daß er sich freue, daß gerade Hoesch, der schon als Geschäftsträger in Paris sich vortrefflich blühen gemacht hatte, zum Botschafter des betrauten Votschafers Dr. Mayer ernannt worden sei. Dann fuhr er folgendermaßen fort:

„Der Jahresanfang hat mir Gelegenheit geboten, die Genugtuung und die Wünsche Frankreichs öffentlich zu bekunden. Sie können in vier Worte gefaßt werden: die Achtung der Verträge. Diese Formel, die genau besagt, was sie besagen soll, verbirgt keinerlei Hintergedanken. Die Vertreter Frankreichs sind im Bewußtsein der Größe der in Frage stehenden Interessen sowie der Solidarität der Völker gleich entschlossen, in keinem Punkte die Rechte aufzugeben, die sie zu bewahren haben, und, in weitestem Sinne der Verantwortlichkeit alle Lösungen zu prüfen, die ihre Achtung garantieren.“

Die französische Demokratie hat sich von Grund auf friedliebend gezeigt. In dem Tage, an dem sie dazu gezwungen war, was sie bereit, alle Opfer zu bringen, um mit ihrer eigenen Unabhängigkeit die Freiheit der Welt zu verteidigen und aufrechtzuerhalten. Sie hat den lebhaftesten Wunsch, von einer derartigen Prüfung in Zukunft auf immer verschont zu bleiben.“

Nach der Audienz wurde der Botschafter mit demselben Zeremoniell wie bei seiner Ankunft zur Botschaft zurückgeleitet.

Dr. Schacht in London.

London, 17. Februar. Dem Vernehmen nach ist es dem hier eingetroffenen deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gelungen, sich bei seinen Bemühungen, für die deutsche Industrie auswärtige Kredite zum Einlauf von Rohstoffen zu erwirken, die Unterstützung englischer Banken zu sichern. Dr. Schacht begibt sich von hier nach Paris, um, wie angeklungen, von den Sachverständigen empfangen zu werden.

Dr. Schacht in Paris.

Heute Verhandlungen mit den Sachverständigen.

Paris, 18. Februar. Dr. Schacht ist gestern vormittag aus London hier eingetroffen und wird heute vor dem Sachverständigenausschuß des General-Dawes erscheinen. Die englischen und belgischen Mitglieder des Ausschusses, die zur Berichterstattung an ihre Regierungen nach London und Brüssel aufgebrochen waren, sind ebenfalls mit größter Eile nach hier und wie man glaubt, mit neuen Instruktionen ausgerüstet, zurückgekehrt. In Paris sieht man mit besonderer Spannung den Unterhandlungen entgegen, die sich zwischen Vertretern der französischen Regierung und dem Sachverständigenausschuß über die Anpassung des lokalen Pfandesystems an ein allgemeines Reparationssystem entspinnen werden. Dieser Frage wird große Bedeutung beigemessen und man meint, daß ohne ihre Lösung der Schlußbericht der Sachverständigen nicht zustande kommen kann.

Neuordnung in der Pfalz.

Beseitigung der Separatistenregierung.

Zwischen der Untersuchungskommission der Alliierten und den Vertretern der pfälzischen Bevölkerung ist ein Abkommen zustande gekommen, das als Ende der „autonomen“ Regierung, d. h. der Separatistenherrschaft, angesehen werden darf. Die Vereinbarung umfaßt folgende Punkte:

1. Die von den Separatisten ausgewiesenen Beamten dürfen wieder nach der Pfalz zurückkehren. 2. Bis zur Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Regierungsgewalt wird der Kreisaußschuß an der Herstellung von Ruhe und Ordnung mitarbeiten.

Ein Teil der bisherigen separatistischen Führer hat

Speyer heimlich verlassen. Die Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission verhandeln mit den in Speyer anwesenden Regierungsmitgliedern über die sofortige Übernahme der Geschäfte durch eine provisorische Regierung. Endgültige Regelung über die Regierungsgewalt dürfte nach dem hergestellten Provisorium nach Verständigung zwischen London und Paris erfolgen. Es verlaute, daß die vollziehende Gewalt vorübergehend einem Direktorium übertragen werden soll, das aus dem Kreisaußschuß und den bisherigen Regierungsmitgliedern der ordentlichen Regierung bestehen soll.

Freilassung der Regierungsmitglieder.

Die bisher gefangen gehaltenen Mitglieder der pfälzischen Regierung in Speyer, darunter Oberregierungsrat Jacobs, sind alle wieder freigelassen worden. Die separatistischen Posten vor dem Regierungsgebäude sind eingezogen worden.

Die Separatisten sind aus Kaiserslautern und Neustadt a. d. Haardt abgezogen. Etwa tausend pfälzische Separatisten aus den Bezirken an der französischen Grenze flüchten nach dem Elsaß.

Separatistische Befästigung des Msgr. Testa.

Der nach der Pfalz entsandte päpstliche Delegat Monsignore Testa hatte bei seinem Besuche in Speyer einen Zusammenstoß mit einem Separatisten. Als der päpstliche Delegat durch die Stadt zum bischöflichen Palais ging, wurde er von einem Separatisten angerempelt und vom Fußsteig herabgestoßen. Als Monsignore Testa sich dieses Benehmen verbat, sagte der Separatist: „Ich bin Autonomist.“ worauf Monsignore Testa antwortete: „Sie sehen sich bei mir gleich in das rechte Licht!“

Weitere Todesopfer in Birmasens.

Birmasens, 17. Februar. Von den im Krankenhaus befindlichen Personen, die bei dem Sturm auf das Bezirksamtsgedäude schwer verwundet wurden, sind inzwischen noch fünf gestorben.

Friedensschluß in der Pfalz.

Speyer, 17. Februar.

Der pfälzische Kreisaußschuß veröffentlicht als vom Pfälzerausschuß der Rheinlandkommission eingeleitete rechtmäßige Vertretung der Pfälzer Bevölkerung eine Proklamation, in der es u. a. heißt:

„Vom Sonntag, 17. Februar, 8 Uhr vormittags, übernimmt der Kreisaußschuß für eine Übergangszeit und ohne Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse die Aufgabe, unter seiner Leitung und seiner Verantwortung der Befehlshaber gegenüber, alle erforderlichen Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und des öffentlichen Dienstes zu ergreifen. Die autonome Regierung stellt von dem nämlichen Zeitpunkt ab jegliche Betätigung der Regierung, der Verwaltung und der Polizei ein. Der Kreisaußschuß wendet sich an die gesamte pfälzische Bevölkerung ohne Unterschied der Partei mitzuwirken an der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Er will allen Bürgern Schutz gewähren, aber er verlangt, daß ein jeder sich ruhig verhalte, und daß bei Vermeidung schwerer Strafmahnahmen lebhafte Repressalien gegen irgendeine Partei unterbleibt.“

Pfalzkundgebungen im Reiche.

München, 17. Februar. Am Sonntag nachmittag fand auf Veranlassung der Notgemeinschaft München und des Pfalz-Treibundes eine Kundgebung für die Pfalz im Odeon statt, zu der auch Kardinal Faulhaber erschienen war.

Hamburg, 17. Februar. Unter Beteiligung von Vertretern des Senats, der Bürgerchaft und der hamburgischen Behörden fand heute mittag im großen Saale der Musikhalle die hamburgische Pfalzkundgebung statt.

Pfalz- und Rheintag in Berlin.

Berlin, 17. Februar. Im großen Sitzungssaale des Reichstages fand am Sonntagmittag eine machtvolle Kundgebung für die deutsche Pfalz und das deutsche Rheinland statt. An den Regierungstischen hatten sich unter anderen der Reichskanzler, Arbeitsminister Dr. Brauns, der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hölle und die preussischen Staatsminister Severing und Döberl eingefunden. Die Berliner Liedertafel unter Leitung des Professors Williger eröffnete die Feyer mit einer Motette von Bach. Konfliktalarat Gruhl begrüßte darauf die Versammlung mit folgenden Worten. Der deutsche Gesandte von Wien, Dr. Pfeiffer, selbst ein Pfälzer, schilderte dann die wechselvollen Geschichte der Pfalz und des Rheinlandes. Er schloß mit den Worten: Wir hoffen, daß die trübe Periode in der Geschichte des Rheinlandes endlich vorüber ist und endlich wieder Frieden, Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande einkehren. An der Deutschheit dieses Landes und an der Deutschheit der gesamten Bevölkerung ist kein Zweifel.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Hölle, auch ein Sohn der Pfalz, übermittelte den Veranstalter der Kundgebung den Dank der Reichsregierung. Seine Rede klang in den Worten aus: Unser deutsches Volk, unser deutsches Vaterland, unsere Wälder an Rhein und Ruhr und in der Pfalz, sie leben hoch!

Die Versammlung stimmte dreimal in diesen Ruf ein und sang dann stehend das Lied „Deutschland, Deutschland, über alles...“, der Chor trug zum Schluß noch das Lied vor: „Der Rhein soll deutscher bleiben“. Während sich sodann die Abordnung von Deputierten des Rheinlandes und der Pfalz zum Reichspräsidenten begab, fand die Kundgebung vor der großen Öffentlichkeit mit einem Konzert ihr Ende.

Beginn der Reichstagsarbeit.

n. Berlin, 16. Februar

Am Mittwoch, den 20. Februar, tritt der Reichstag wieder zusammen, nachdem das Ermächtigungsgesetz abgelesen ist. Vorher schon wird der auswärtige Ausschuß Stellung zur Außenpolitik nehmen. Reichsaussenminister Dr. Sirese man hält dabei eine größere Rede über die Verhandlungen der Sachverständigen, die deutsch-französischen Vespredungen, die Reparationsfrage und die Goldnotenbank. Möglicherweise kommt auch die Militärkontrolle zur Sprache, von deren Übertragung an den Völkerrund die Rede ist.

Auf dem Programm der ersten Sitzung der Vollversammlung des Reichstages stehen neben einigen weniger wichtigen Angelegenheiten von verschiedenen Parteien gestellte Anfragen über die durch die Separatisten in der Rheinpfalz geschaffenen Zustände und in Verbindung damit eine Anfrage Herzt über die Aburteilung der des Hochverrats im besetzten Gebiet und überhaupt beschuldigten Personen.

Zweifellos werden in der Debatte die genannten Probleme der Befragung und der Separation aufgerollt werden, so daß eine lebhaftere Tagungsperiode erwartet werden kann.

Einigung in der Kölner Bahnfrage.

Köln, 16. Februar.

Bei den Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsbahn, der Regie und der englischen Kommission über Verkehrsfragen in der Kölner Zone wurde über wichtige Punkte eine Einigung erzielt. Personerverkehr, Gepäck- und Güterverkehr werden voraussichtlich vom 1. März ab aus der Kölner Zone nach dem Regiegebiet und umgekehrt sowie im Durchgangsverkehr stattfinden können. Gewisse unvorhergesehene Schwierigkeiten in der Verkehrsabwicklung und Unstimmigkeiten bei der Erhebung der Fahrpreise müssen noch in Kauf genommen werden. Inzwischen sind schon durchgehende Züge auf den wichtigsten Strecken eingelegt worden. Weitere Verbesserungen werden auf einer demnächst in Köln beginnenden Fahrplanbesprechung beraten werden.

Aufbringung der Erwerbslosenkosten.

1 1/2 % Beitrag für Arbeitgeber und -nehmer.

Nach der neuen Regierungsverordnung wird die Pflicht der Erwerbslosen, für die öffentliche Unterstützung eine gewisse Gegenleistung durch Arbeit einzuführen, beibehalten, jedoch ist der Grundsatz, daß die Pflichtarbeit sich auf gemeinnützige Arbeiten beschränkt, schärfer herausgearbeitet und sichergestellt, daß die Arbeitslosen nur zu solchen Pflichtarbeiten herangezogen werden, die ihnen nach ihrem körperlichen Zustande zugemutet werden können. Zu den Pflichtarbeiten können auch jugendliche Erwerbslose unter 16 Jahren herangezogen werden, die dann auch Unterstützung erhalten. Im übrigen werden Erwerbslose unter 18 Jahren nur unterstützt, wenn die oberste Landesbehörde feststellt, daß der Arbeitsmarkt für diese Altersgruppen besonders ungünstig ist. Die Kurzarbeiterunterstützung ist in das Ermessen der obersten Landesbehörden gestellt worden. Zur Aufbringung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge werden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer künftig mit je 1 1/2 % Hunderteilen vom Lohn herangezogen werden. Es soll geprüft werden, ob nicht Berufsgruppen, bei denen erfahrungsgemäß Erwerbslosigkeit selten ist, durch die Beiträge unverhältnismäßig belastet wären und von der Zahlungspflicht auszunehmen sind.

Die Bezüge der kinderreichen Erwerbslosen.

Berlin, 17. Februar. Der leichte Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen, insbesondere der Kurzarbeiter, ermöglicht jetzt im Rahmen der für die Erwerbslosenfürsorge bereitgestellten Mittel eine Aufbesserung der Bezüge für die kinderreichen Erwerbslosen. Der Reichsarbeitsminister hat demgemäß die obere Grenze der Zuschläge für die Familien Erwerbsloser vom einfachen auf den anderthalbfachen Betrag der Hauptunterstützung erhöht.